

Im letzten Jahr haben wir unsere Haushaltsrede mit dem Thema Vertrauen in die Verwaltung begonnen. Für uns war mit der neuen Geschäftsordnung auch wichtig, dass dadurch mehr Zeit für Grundsatzdiskussionen bleibt. Leider mussten wir allzu oft feststellen, dass dies Wunschdenken war.

Aufgrund zu umfangreicher Tagesordnungspunkte müssen viele Entscheidungen im Stadtrat unter extremen Zeitdruck getroffen werden. Abhilfe wäre unserer Ansicht nach mit der Ansetzung von Sondersitzungen möglich.

Die langjährigen ÖDP-Forderungen nach einer Sanierung der derzeit nicht oder kaum vermietbaren städtischen Wohnungen wird endlich angegangen. Die jetzt dafür erstmalig eingestellten 200.000,-€ pro Jahr sind ein erster wichtiger Schritt. Diese Aufgaben müssen aber auch unverzüglich umgesetzt werden. Der Erhalt unseres städtischen Wohneigentums ist eine Pflichtaufgabe, die in den letzten Legislaturperioden viel zu sehr vernachlässigt wurde.

Nicht nur der Bau von Einfamilienhäusern sollten im Fokus der Stadtentwicklung stehen, sondern auch die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Der Wirtschaftsstandort Kitzingen, benötigt Wohnungen in allen Bereichen, insbesondere auch für Bürger mit niedrigen Einkünften. Auch sollten wir es als Chance sehen, anerkannten Flüchtlingen in Kitzingen ebenfalls ein zu Hause zu bieten. Wohnraum der gehobenen Kategorie haben wir in jüngster Zeit, durch entsprechende Beschlüsse jedenfalls in großer Anzahl auf den Weg gebracht.

Der Erhalt des Stadtbildes, auch über die historische Altstadt hinaus, darf dabei nicht nur dem Gewinnstreben von Investoren zum Opfer fallen. Eigentum verpflichtet..... Deshalb auch nochmals der Appell an die Besitzer von teilweise seit Jahrzehnten unbebauten, privaten und erschlossenen Bauplätzen in integrierten Wohnlagen - den Bauwilligen - zur Verfügung zu stellen.

Untrennbar mit dem Wohnstandort Altstadt und der Förderung des Innenstadthandels ist ein barrierefreier Gehstreifen in der Fußgängerzone verbunden. Warum diese Maßnahme, die unseren Menschen mit Einschränkungen der Mobilität schon seit Jahren versprochen wurde, immer noch nicht umgesetzt wird, ist uns nicht begreiflich.

Positiv ist zu bewerten, dass entsprechend unserem Antrag von 2014 auch in den folgenden Jahren 100.000,-€ im Verwaltungshaushalt für die Instandhaltung der 80 Wohnungen in unserem Notwohngebiet bereitgestellt werden. Sollte dieses Geld nicht ausreichen, um einen gewissen Standard, wie warmes Wasser oder der Einbau einer Dusche - gerade wenn Familien mit Kindern eingewiesen werden - herzustellen, so vertrauen wir auf die Zusage der Kämmerei, diese Mittel zusätzlich bereit stellen zu können.

Die ÖDP freut sich, dass mit der Begegnungsstätte im Notwohngebiet eine wichtige Anlaufstelle vor Ort eingerichtet wurde. Zudem ist es durch ein Modellprojekt der Wohnungslosenhilfe e.V. Nordbayern möglich, eine sozialpädagogische Halbtagsstelle zu installieren., deren Kosten – ohne eigene Beteiligung der Stadt - weitestgehend durch den Freistaat, sowie der Caritas übernommen werden.

Angespannt ist die Situation mit Bezug auf die fehlenden Krippen- und Kindergartenplätze. Erst aufgrund der ÖDP-Anfrage vom Februar 2016 wurde der Stadtrat darüber informiert, dass alle Krippen- u. Kiga-Plätze – entgegen den Meldungen von Dezember 2015 - belegt seien. Eine Berücksichtigung dieser Situation spiegelt sich im Haushalt allerdings nicht wieder. Für uns steht außer Frage, dass diese fehlenden Plätze geschaffen werden müssen.